

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschiff: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesauer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meichen.

Postkontos: Dresden 1538
Girokonto Riesa Nr. 52.

N. 33.

Montag, 9. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Familienhaber halber, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bonger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Deutscher Reichstag.

(Fortsetzung des Sonnabend-Berichts.)

Abg. Berlin, 7. Februar.

Der Reichstag mußte am Sonnabend besonntlich zwei Sitzungen hintereinander abhalten, weil sich in der ersten Sitzung bei einer Abstimmung die Beschlussunfähigkeit des Hauses herausstellte. Auch die zweite Sitzung endete übrigens mit der Feststellung der Beschlussunfähigkeit. Den Anlaß zu dieser Feststellung bildete in beiden Fällen eine Meinungsverschiedenheit über den deutsch-amerikanischen Wirtschaftsvertrag, den die Regierung dem Reichstag zur Zustimmung vorgelegt hatte. Der Deutschnationale Abg. v. Freitag-Loringhoven übte auf diesem Vertrag scharfe Kritik, die in der Erklärung gipfelte, der Vertragsabschluss schade dem Ansehen und die Würde des deutschen Reiches.

Die neue Sitzung

nimmt nach, um 2 Uhr 15 Min. ihren Anfang.

Präsident Loebe teilt mit, daß der Außenminister durch eine Rabinetsstimmung verhindert war, im Reichstage zu erscheinen. Er werde sich nach im Laufe des Nachmittags einfinden, und das Haus werde dann entscheiden, ob der Vertrag mit Siam noch erledigt werden solle.

In dritter Lesung angenommen wird das Grenz-erleichterungsabkommen mit der Tschechoslowakei. Alsdann wird die zweite Lesung des Reichshaushaltsplans beim Reichsarbeitsministerium fortgesetzt, und zwar beim Arbeitsamt.

Abg. Nabel (Komm.) fordert ein Reichsärztegesetz. Weiter soll den Arbeitern unentgeltliche, unzufällige Berufshilfe von den Unternehmern geliefert werden. Damit ist die Besprechung über das Arbeitsamt erledigt und das Haus wendet sich den anderen Fragen des Kapitels:

Sozialpolitik, Volkswirtschaft und Arbeiterschutz

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.) wünscht, daß die Berichte der Gewerkschaftsbeamten künftig rechtzeitig zur Beratung des Staats vorgelegt werden. Möglichst weitgehende Mitwirkung der Frauen bei der Gewerbeaufsicht sei notwendig. Die Rednerin fordert schleunigste Reform des Kindererziehungsgesetzes und des Gesetzes über die Berufsausbildung.

Abg. Wiener (Zn.) betont, daß an dem Wesen der Handwerkerlehre nicht gerüttelt werden dürfe. Das Lehrverhältnis im Handwerk dürfe nicht zu einem Arbeitsverhältnis gekemelt werden.

Abg. Sommer (Str.) schließt sich dieser Auffassung an. Abg. Schneider (Dem.) verlangt eine Sonderregelung für die Lehrlinge im Angebotsberuf. Die Ausbildung der Jugend sei in allen Berufen schlecht und müsse verbessert werden.

Abg. Beythien (Dp.) wendet sich gegen diese Auffassung. Der Redner weist die Behauptungen der Linken zurück, Mißtrauen zwischen die Jugendlichen und ihre Lehrherren zu säen.

Abg. Veitold (Wirtsch. Vereinig.) fordert weitere Ausdehnung der Berufsausbildung. Für viele Angestellte, die sich in Vergütungsverhältnissen aushalten, sei die letzte freie Zeit manchmal schon zu groß. Der Redner erinnert an die lange und schwere Arbeitszeit der Hausfrau.

Abg. Thiel (Dp.) fordert Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten wegen der fristlosen Entlassungen im Rheinland/Westfalen aus Anlaß der Ricumlasten. Die Frage der Beteiligung am Arbeitsamt dürfe lediglich aus sachlichen Gesichtspunkten beurteilt werden. Auf jeden Fall müsse man Deutschlands Gleichberechtigung fördern.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz.) teilt für den sechsährigen Lehrsatz ein. Die Lehrverhältnisse seien durchwegs ungenügend, da in den meisten Fällen Lehrverhältnisse nicht durchwegs ungenügend seien.

Abg. Weber-Düffeldorf (Komm.) verlangt für Lehrlinge die sechsjährige Arbeitszeit. Die Beratung wird darauf unterbrochen, um das Handelsabkommen mit Siam zu erledigen.

Handelsabkommen mit Siam

Außenminister Dr. Stresemann wendet sich gegen die Kritik des Abg. v. Freitag-Loringhoven. Die Interessenten hätten seinerzeit den dringenden Wunsch ausgedrückt, daß Deutschland seinerseits die Initiative ergreifen möge, um mit Siam zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden dann eingeleitet, als Siam an uns herantrat wegen der Bezahlung des beschlagnahmten siamesischen Eigentums. Der Minister gibt zu, daß die Form des Abkommens nicht gerade wünschenswert sei, er hebt aber die Vorteile hervor, die dem deutschen Handel mit der Annahme des Abkommens entstünden. Es komme hauptsächlich auf das Prinzip an, daß die Wirkung der für unseren Handel schädlichen Bestimmungen des § 18 des Versailleser Vertrages beseitigt werden. Außer Siam haben auf die Anwendung dieses Artikels bereits verzichtet England, Belgien, Italien, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Portugal, Japan, Peru und Kanada. Der Minister verteidigt dann die Anerkennung der siamesischen Gerichtsbarkeit für Handelsfälle. Man müsse auch auf das Selbstbewußtsein anderer Völker Rücksicht nehmen. Ein Volk, das Selbstachtung habe, beglänze mit dem Verlangen, daß alle Völker auf seinem Gebiet nach seinem Recht behandelt werden. Auch die Deutschnationalen könnten nicht der Meinung sein, daß die Regierung leichtfertig mit der Ehre und Würde des deutschen Reiches umgegangen sei, denn sie würden ja selbst für das Abkommen stimmen.

Abg. Weber-Berlin (Dem.) erklärt, er hätte vom Minister scharfste Verwahrung gegen die Ausführungen des deutschnationalen Redners erwartet. Statt dessen habe man nur ein mildes und freundliches Plädoyer gehört. Es handele sich hier um einen unglaublichen Vorstoß einer Regierungspartei.

Abg. Graf Westarp (Zn.) erinnert an frühere Gelegenheiten, wo auch von Regierungsparteien an Vorlagen der Regierung scharfe Kritik geübt wurde. Es sei dankenswert, daß durch die Kritik des Abg. v. Freitag-Loringhoven dem Minister Gelegenheit gegeben wurde, diese Vorlage hier zu verteidigen.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt, daß seine Freunde nicht in der Lage seien, für einen Vertrag zu stimmen, der noch Anlaß der scharfsten Regierungskritik Anlaß und Würde des Reiches schade. (Beifall links, Lachen rechts.) Vor der Abstimmung verlassen mehrere Abgeordnete der Rechten den Saal. Der Präsident stellt darauf nach einiger Zeit fest, daß das Haus nicht mehr beschlußfähig ist. Darauf werden die Beratungen abgebrochen.

Das Haus vertagt sich. Montag 2 Uhr: Reichsarbeitsministerium, Abkommen mit Siam. Schluß 5 1/2 Uhr.

Anträge der Deutschnationalen im Reichstag.

Abg. Die deutschnationale Reichstagsfraktion fordert in einem Antrag, daß den Flüchtlingen aus den abgetretenen Gebieten nach Möglichkeit eine höhere Entschädigung und den bisher angelandeten Flüchtlingen eine angemessene Nachzahlung gewährt wird.

Ein weiterer deutschnationaler Antrag verlangt unverzüglich Einbringung eines Gesetzes, wonach die Grunderwerbsteuer auf 2 Prozent des Wertes einschließlich aller zutreffenden Zuschläge herabgesetzt wird.

In einer kleinen Anfrage der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird darauf hingewiesen, daß in dem in Senate veranlaßten 2-Fuß die Werkzeuge für die erste Hilfe fehlen. Nach Aussage der Beamten des Zehndienstes seien die früher vorhandenen Schränke mit Axt, Beil, Säge und Feuerlöschapparaten seit der Revolution wegen der Diebstähle verschunden und später nicht wieder in die Wagen mit eingebracht worden. Die Fraktion erucht um Maßnahmen zur Beseitigung dieses Zustandes.

Gegenüber Angriffen auf die deutschnationale Reichstagsfraktion

wegen Ablehnung des Antrages auf sofortige Aufhebung der dritten Steuererleichterung weist die Fraktion auf die deutschnationale Reichstagsfraktion darauf hin, es werde bei diesen Angriffen verfahren, daß insolge dieses Antrages eine Regierungserklärung ergangen sei, wonach innerhalb drei Wochen eine Gesetzesvorlage über die Aufwertung des Reichstages vorgelegt werden soll. Damit habe der deutschnationale Antrag auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Dezember vorigen Jahres seinen Zweck vorläufig erfüllt. Die Deutschnationalen seien gewillt, bei der Verhandlung über eine gesetzliche Regelung, bei welcher die Steuererleichterung durch andere Bestimmungen ersetzt werden soll, in Gang gebracht hätten. Ein Vatuum zu schaffen, bei welchem zwischen der sofortigen Aufhebung der Steuererleichterung und dem alsbald bevorstehenden Inkrafttreten der neuen Bestimmungen der größte Widerstreit entstanden wäre, konnte weder der Zweck des Antrages sein noch von denjenigen verantwortet werden, die diese Frage sachlich regeln und nicht zu agitatorischen Zwecken mißbrauchen wollen.

Dr. Marx zur Rabinetsbildung bereit.

Berlin. (Funkpruch.) Der interfraktionelle Ausschuss des preussischen Landtags ist heute vormittag um 11 Uhr erneut zu einer Sitzung zusammengetreten. Es bestete, wie wir hören, die Ansicht, daß der frühere Reichskanzler Dr. Marx einen Auftrag zur Rabinetsbildung in Preußen übernehmen wird. Er wird, wie verlautet, verstanden, zunächst auf Grund der alten Weimarer Koalition eine Lösung zu finden.

Morgen Wahl des Ministerpräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Im preussischen Landtage fanden am Montag Fraktionsberatungen statt; dagegen haben für Dienstag die einzelnen Fraktionen zu Besprechungen eingeladen, deren Gegenstand wohl zumeist die Frage der Regierungsbildung sein dürfte. Für 2 Uhr nachmittags ist dann die Plenarsitzung angesetzt für die Wahl des Ministerpräsidenten und erneute Wahl für das Landtagspräsidium.

Berlin. (Funkpruch.) Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, wonach der Landtag erklären soll, daß der Art. 45 Satz 1 der preussischen Verfassung dahin zu verstehen ist, daß nach jeder Neuwahl des Landtages auch eine Neuwahl des Ministerpräsidenten erforderlich ist.

Keine Auflösung des preussischen Landtages?

Berlin, 9. Februar. In den parlamentarischen Kreisen des preussischen Landtages verlautet, daß der von den Deutschnationalen gestellte Antrag auf Auflösung des Landtages wenig Aussicht auf Annahme habe. Die Deutsche Volkspartei werde einem solchen Antrag nur dann

zustimmen, wenn sich tatsächlich die Unmöglichkeit, zur Bildung einer arbeitsfähigen Regierung zu gelangen, ergeben sollte. Im übrigen seien die Aussichten einer Regierungsbildung ganz erheblich dadurch gestiegen, daß die sozialdemokratische Partei zur Zeit völlig außer dem Bereich der Kombinationen getreten ist. Es könne als ganz ausgeschlossen angesehen werden, daß die bisherige Regierungskoalition wieder hergestellt wird, da das Zentrum sich nicht länger in der Lage sieht, den bisherigen Weg fortzusetzen.

Vor einer neuen Alliertent Konferenz.

Paris. "Petit Journal" will erfahren haben, daß Ende Februar oder wahrscheinlicher in den ersten Märztagen unmittelbar vor der Abreise Kauten Chamberlains zur Tagung des Völkerbundsrats, die am 6. März in Genf beginnen soll, sich Herrriot und Lhuiss nach London begeben werden, um mit Stanley Baldwin über die Frage der Räumung der Kölner Zone zu verhandeln. Inzwischen werde wohl in der Mitte der kommenden Woche der Generalbericht der Kontrollkommission über die Entwaffnung Deutschlands vorliegen, für dessen Studium das interalliierte Militärkomitee in Versailles etwa acht bis zehn Tage nötig habe.

"Petit Journal" glaubt, es sei höher, daß die englische Regierung verlangen werde, einen Zeitpunkt für die Räumung der Kölner Zone festzusetzen oder, besser gesagt, eine Art Kalender für die deutsche Entwaffnung auszuarbeiten. Deutschland werde aufgefordert werden, sich seinen Verpflichtungen zu gewissen einig Monate verteilten Zeitpunkten zu entledigen, und die Alliierten ihrerseits würden sich verpflichten, am letzten Stichtage die Zone von Köln zu räumen, wenn Deutschland die vorgeschriebenen Bedingungen pünktlich erfüllt habe. "Petit Journal" fügt dieser Mitteilung folgende Betrachtung hinzu:

Von der Befreiung befreit.

Solingen. Die Befreiung des Bahnhofs Ostlag ist Sonnabend mittag abgerückt. Ein Bahnhofscommandant bleibt jedoch zurück. Die Kontrolle wird von der Militärpolizei weitergeführt. Im Orte befindet sich nur noch eine kleine Abteilung Militärpolizei. In Solingen ist keine Veränderung eingetreten. Aus Grafrath ist das englische Bahnhofscommando am Sonnabend vormittag abgezogen. Die Truppen führen in Lastkraftwagen in Richtung Solingen davon, wo die einzelnen Bahnhofscommandos, die zurückgezogen werden, gesammelt werden sollen. Grafrath ist nunmehr von Befreiungstruppen frei. Mittags wurde auch Engelskirchen geräumt, es gehört jedoch weiter zum besetzten Gebiet. In Wermelskirchen wurden die englischen Truppen, die bisher die Bahnhofskontrolle ausübten, zurückgezogen. Sie verließen die Stadt um 12 Uhr in Autos, in Richtung Solingen, sodas Wermelskirchen nunmehr von Befreiung völlig frei ist.

Die Verwendung der 700 Millionen Goldmark.

Berlin. Sachamtlich wird mitgeteilt: Gegenüber den wiederholten Behauptungen der französischen Presse, daß die rund 700 Millionen Goldmark, die an die Wirtschaft im besetzten Gebiet gezahlt worden sind, dem Ertrage der Dawesanleihe entnommen worden sind, wird nun zureichende deutsche Seite erneut mitgeteilt, daß diese Behauptungen vollständig falsch sind. Der Ertrag der Dawesanleihe unterliegt nicht der Verfügung der Reichsregierung. Vielmehr ist der Ertrag der Anleihe in Devisen oder Gold der Reichsbank zugeflossen, die den entsprechenden Gegenwert in Mark den Generalagenten für die Reparationszahlungen für die erste Annuität überwiesen hat. Ohne Zustimmung der Generalagenten und der Reparationskommission kann über den Ertrag der Dawesanleihe daher nicht verfügt werden. Was die 700 Millionen Goldmark anlangt, so stellen sie keine Entschädigung für irgendwelche im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung erlittene Schäden dar, sondern sie sind die Bezahlung für die nicht nur von der Schwerindustrie, sondern auch von der übrigen Wirtschaft der besetzten Gebiete geleisteten tatsächlichen Reparationsleistungen an die Besatzungsmächte. Diese Leistungen der besetzten Gebiete sind bekanntlich auf der kürzlichen Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris mit rund einer Milliarde Goldmark berechnet und dem Reiche auf Reparationskonto gutgeschrieben worden. Es ist ganz selbstverständlich, daß das Reich diese zunächst von der privaten Wirtschaft aufgebracht Leistungen sich nicht auf Reparationskonto gutschreiben lassen kann, ohne andererseits der Privatwirtschaft diese Leistungen zu bezahlen. Wie aus dem Vergleich der vom Reich gutgeschriebenen Summe von rund einer Milliarde hervorgeht, ist bei der endgültigen Abrechnung mit der Wirtschaft im besetzten Gebiete über diese Leistungen im Wege des Vergleichs für das Reich eine erhebliche Ersparnis erzielt worden.

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924

Der Deutsche Beamtenbund

verankelte gehen im Großen Schauspielhaus in Berlin eine Karl besuchte Rundgebung der Berliner Beamenschaft, der Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, sowie des Reichstages beiwohnten. Der Bundesvorsitzende Hügel legte in ausführlicher Rede die Forderungen der Beamenschaft an den Reichstag dar. Daran wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Verankerung scharfsten Protest gegen die Denkschrift des Reichsfinanzministers über die Beamtenbesoldung erhebt und die schleimige Nachprüfung der Besoldungsordnung vom Dezember 1924 sowie die Aufhebung des Gesetzes vom 19. Dezember 1924